

Remo Herbst

Präsident Verband Luzerner Mittelschulen und Gymnasien (VLM)

Es gilt das gesprochene Wort

Nie wieder Zwangsferien

Alles sei in der Luzerner Bildungspolitik bestens, wird von Regierung und bürgerlichen Parlamentariern verkündet. Dass dem nicht so ist, müssen wir unseren engagierten Lehrpersonen sicher nicht mehr beweisen. Zwangsferien, Streichung von Förderangeboten, Erhöhung von Schulgeldern, konkurrenzlos schlechte Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen und viele Spar-Projekte, die durch engagierte Lehrpersonen, Verbände und Schülerinnen und Schüler noch abgewendet werden konnten, zeugen vom Luzerner Spardiktat der letzten Jahre. Die Finanzen sind nach wie vor nicht im Lot und die Bildungsausgaben werden von den Politikerinnen und Politikern noch immer nicht als Investitionen angesehen. Ohne Zweifel stehen wir vor weiteren Spar- und Abbaumassnahmen an den Luzerner Schulen.

Nicht protestieren und jammern wollen wir – sondern verantwortungsvoll mitgestalten und zukunftsorientiert mitwirken. Die verfassungsmässige Verankerung der Bildungsinitiative wird genau diesen Ansprüchen gerecht und sichert diese langfristig!

Die Bildungsinitiative soll der Luzerner Bildung nun den Stellenwert geben, der ihr gebührt. Keine politischen Lippenbekenntnisse, sondern eine nachhaltige Sicherstellung und Finanzierung eines qualitativ guten Bildungsangebots. Wenn Bildung wirklich der massgebliche Rohstoff einer erfolgreichen Zukunft sein soll, dann braucht es jetzt ein klares Zeichen der Bürgerinnen und Bürger an Regierung und Politik im Kanton Luzern.

Spätestens mit der regierungsrätlich verordneten Zwangsferienwoche 2016, als sämtliche Luzerner Berufs-, Mittel- und Kantonsschulen aus Spargründen für eine Woche geschlossen werden mussten, haben die bürgerliche Parlamentsmehrheit und die Regierung deutlich gezeigt, dass es für sie keine Tabus mehr gibt, wenn es ums Sparen geht. Die Finanzstrategie ist dieselbe geblieben und das Prinzip der «leeren Kassen» hat im Kanton Luzern nach wie vor Priorität vor der langfristigen Sicherung einer qualitativ hochwertigen Bildung. Die Zeche dafür bezahlen Lehrerinnen und Lehrer mit schlechten Arbeits- und Anstellungsbedingungen, die Eltern in Form von Schulgeldern und zusätzlichen Ausgaben und zum Schluss natürlich die Schülerinnen und Schüler durch Qualitätseinbussen beim Bildungsangebot.

Dieses Bildungsangebot benötigt aber bestausgebildete und motivierte Lehrpersonen, Förderangebote auch für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler (Freifächer), ein breites Angebot und freie Wahlmöglichkeiten für individuelle Schulkarrieren (Langzeit- und Kurzzeitgymnasien), eine finanzielle Gleichstellung der Belastungen für Eltern an Berufsschulen wie Gymnasien (keine Schulgelder). Dass diese qualitativen Forderungen in der Luzerner Bevölkerung durchaus mehrheitsfähig sind und die Finanzpolitik nicht uneingeschränkt die Oberhand besitzt, hat das Musikschulreferendum eindrücklich bewiesen.

Die Bildungsinitiative ist gerade aus diesem Grund bedeutend und notwendig. Mit ihr werden Prioritäten und Ziele der Luzerner Bildungspolitik zukunftsorientiert und langfristig geordnet und festgelegt. Die Schülerinnen und Schüler dürfen nicht länger als Spielball der Finanzpolitik benutzt werden. Vielmehr sollen Ausbildung und Inhalte im Zentrum stehen. Eine Sichtweise, die in den letzten Jahren aufgrund des Spardrucks nicht mehr vorherrschend war, die aber mit einem JA zur Bildungsinitiative langfristig wieder bestimmend sein wird.